



**Wahlprüfsteine
Menschenrechte zur
Kommunalwahl in
Bad Honnef
am 13.09.2020**

**Amnesty-Gruppe
Bad Honnef/Königswinter**

Inhaltsverzeichnis

A. Teilnehmer	3
B. Unser Fall: Juan Almonte Herrera	5
C. Fragen an die Kandidatinnen und die Kandidaten sowie die Parteien	6
Einleitende Fragen	6
1. Waffenhandel	6
2. Terrorismusbekämpfung	7
3. Flüchtlinge und Asyl	7
4. Rechtsstaatlichkeit	7
5. Menschenrechtserziehung	8
D. Antworten der Kandidatinnen und der Kandidaten sowie der Parteien	9
I. Antworten der Bürgermeisterkandidatin / en	9
1. Dr. Gabriele Clooth-Hoffmeister – Kandidatin der Grünen	9
2. Klaus Munk – Kandidat der SPD	13
3. Otto Neuhoff – Kandidat der CDU, der FDP und des Bürgerblocks	15
II. Antworten der Kreistagskandidatinnen / en	17
1. Hans Joachim Ewald – Kandidat der CDU	17
2. Burkhard Hoffmeister – Kandidat der Grünen	21
3. Kerstin Salchow – Kandidatin der SPD	24
4. Carl Sonnenschein – Kandidat der FDP	28
5. Martina Ihrig - Kandidatin der FDP	30
III. Antworten der Parteien und Wählergemeinschaften	32
1. Bündnis 90 / Die Grünen	32
2. Bürgerblock Bad Honnef	34
3. Christlich Demokratische Union	36
4. Freie Demokratische Partei	40
5. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	42
E. WAS KÖNNEN SIE TUN?	44
1. Aktive Gruppenarbeit	44
2. Förderer	44
3. Einzelspende	44
4. Unterschriften sammeln	44
5. eMail-Service	44
6. Briefe schreiben	44
7. Amnesty-Journal	45

A. Teilnehmer

Auch wenn Themen wie Waffenhandel, Asylrecht und Terrorabwehr nicht direkt dem **Entscheidungsspielraum der Kommunalpolitik** zugerechnet werden können, so ist die Meinung der Kommunalpolitiker zu verschiedenen Menschenrechtsfragen für die Wähler bedeutsam.

Mit unserer Veröffentlichung der Wahlprüfsteine ist **keine Empfehlung** der Amnesty-Gruppe Bad Honnef/Königswinter zur Wahl verbunden. Diese Entscheidung müssen Sie alleine treffen. Wir wollen nur einen kleinen Beitrag zur Orientierungshilfe leisten.

Wir haben unsere Dokumentation in **drei Rubriken** aufbereitet:

1. Fragen an die Bürgermeisterkandidatin bzw. die Bürgermeisterkandidaten
2. Fragen an die Kreistagskandidatinnen/en der Honnefer Wahlkreise
3. Fragen an die Parteien und Wählergemeinschaften, die zur Ratswahl antreten.

Wir haben **alle Parteien und Wählergemeinschaften** angeschrieben, die sich bei der Stadt Bad Honnef zur Wahl angemeldet haben. Darüber hinaus haben wir die **Kandidatinnen/en** angeschrieben, die uns aus den Beschlüssen und Bekanntmachungen der Parteien bekannt wurden. Zur Vollständigkeit haben wir die amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Bad Honnef sowie des Rhein-Sieg-Kreises bis einschließlich des 8. August 2020 zugrunde gelegt. Soweit wir erstmals über die öffentliche Bekanntmachung des Rhein-Sieg-Kreises vom 8. August 2020 zu den zugelassenen Wahlvorschlägen zum Kreistag über Kandidaten informiert wurden, sind diese Kandidaten nicht angeschrieben worden. Im Übrigen haben wir uns bezüglich der Kreistags-Kandidaten grundsätzlich auf die Direktkandidaten beschränkt. Wahlvorschläge für die Wahl aus den Reservelisten zum Kreistag wurden nicht berücksichtigt.

Im Falle einer Partei, deren Vorsitzende/r gleichzeitig Kreistags-Kandidat/in ist und bei Vorliegen nur eines Antwortbogens, haben wir diese Antworten sowohl für die Kandidatur zum Kreistag als auch als Auffassung der Partei gewertet.

Grundsätzlich haben wir **alle Formulierungen** unverändert übernommen. Im Einzelfall haben wir Änderungen in der Rechtschreibung und der Interpunktion vorgenommen. Links z. B. auf Internetseiten der Parteien haben wir generell nicht berücksichtigt. Soweit Fotos beigefügt wurden, haben wir diese integriert.

Die nachfolgenden Kandidatinnen/en bzw. Organisationen haben bei der Erstellung dieser Wahlprüfsteine mitgewirkt:

Kandidatin/en für die Wahl der/s Bürgermeisterin/s:

Dr. Gabriele Clooth-Hoffmeister	-	Kandidatin von Bündnis 90/ Die Grünen
Klaus Munk	-	Kandidat der SPD
Otto Neuhoff	-	Kandidat der CDU, der FDP und des Bürgerblocks

Direkt-Kandidatinnen/en für die Wahl in den Kreistag (in Klammern = Wahlbezirk):

Hans-Joachim Ewald (27)	-	Kandidat der CDU
Burkhard Hoffmeister (28)	-	Kandidat von Bündnis 90/ Die Grünen
Kerstin Salchow (28)	-	Kandidatin der SPD
Carl Sonnenschein (28)	-	Kandidat der FDP

Parteien und Wählergemeinschaften für die Stadtratswahl

Bündnis 90 / Die Grünen	-	Grüne
Bürgerblock Bad Honnef	-	Bürgerblock
Christlich Demokratische Union	-	CDU
Freie Demokratische Partei	-	FDP
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	-	SPD

B. Unser Fall: Juan Almonte Herrera

¿Dónde está Juan?

JUAN ALMONTE HERRERA

Juan Almonte Herrera (geboren am 4. August 1959) wurde zuletzt am 28. September 2009 gesehen, als er Berichten zufolge von vier Männern entführt wurde, die von Augenzeugen als Polizeibeamte identifiziert wurden. Seit seinem Verschwinden wurden seine Familie und seine Anwälte wiederholt von Polizeibeamten verfolgt und beobachtet. Juan Almonte Herrera wurde möglicherweise Opfer von „Verschwindenlassen“.

Juan Almonte Herrera war Mitglied der Nichtregierungsorganisation Comité Dominicano de los Derechos Humanos (Dominikanisches Komitee für Menschenrechte). Nach Angaben der Anwälte seiner Familie war er gerade auf dem Weg zu dem Büro, in dem er als Buchhalter arbeitete, als er von vier bewaffneten Männern angehalten wurde. Sie zwangen ihn in ein Auto einzusteigen und fuhren mit ihm weg. Berichten zufolge haben Augenzeugen die vier bewaffneten Männer als Beamte der Anti-Entführungs-Einheit der Nationalpolizei identifiziert.

Das Nationale Bezirksgericht befand schon in 2009, dass Juan Almonte seiner Freiheit beraubt worden war, ohne dass eine richterliche Anordnung der Behörden vorlag. Die Polizei kam der Anordnung nicht nach mit der Begründung, dass er nicht in ihrem Gewahrsam sei und erklärte ihn als flüchtig.

Juan Almontes Familie und ihre Anwälte haben bisher keine offizielle Nachricht über den Stand der Ermittlungen zu seinem Verschwinden erhalten, obwohl sie drei Mal Beschwerde bezüglich seiner Entführung eingereicht haben. Die Inter-Amerikanische Menschenrechtskommission hat das Verhalten der dominikanischen Behörden als inadäquat eingestuft.

„Verschwindenlassen“ und Entführungen rufen eine besondere Form des Leids bei den Angehörigen des Opfers hervor, da sie nicht wissen, ob der Verschwundene noch lebt. Ihnen wird damit die Trauerarbeit verwehrt und sie können die rechtlichen und praktischen Probleme wie z.B. Erbschafts- und Rentenangelegenheiten nicht angehen. Für sie ist es ein Verschwinden ohne Ende.

Unsere Forderungen:

- Almontes Familie soll erfahren, was mit ihm geschehen ist.
- Falls er sich in Haft befindet, muss er sofort freigelassen werden bzw. muss wegen eines tatsächlichen Tatbestands offiziell Anklage gegen ihn erhoben werden.
- Die für sein Verschwinden Verantwortlichen müssen vor Gericht gebracht werden.
- Seine Familie und Anwälte müssen den notwendigen Schutz erhalten, wenn sie dies wünschen.

Zur Unterstützung unserer Forderungen haben wir unter anderem diverse Briefaktionen und Gesichteraktionen durchgeführt. Die Videos haben wir in Deutsch und Spanisch erstellt. Die spanische Version nutzen wir für die Pressearbeit in der Dominikanischen Republik. Weitere Aktionen werden folgen:

www.amnesty-badhonnef.de/juan.html

C. Fragen an die Kandidatinnen und die Kandidaten sowie die Parteien

Die Fragen sind – unabhängig vom jeweiligen Wahlprüfstein – durchnummeriert.

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?
- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

1. Waffenhandel

Amnesty International setzt sich seit den frühen 1990er Jahren für eine robuste und rechtsverbindliche globale Regulierung des internationalen Waffenhandels ein, um den Zufluss konventioneller Waffen und Munition einzudämmen, die Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen weiter anheizen.

Im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das 1. Halbjahr 2019 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik verfolgt. Dabei spiele die Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland bei der Entscheidungsfindung eine hervorgehobene Rolle. Wenn hinreichender Verdacht bestünde, dass die zu liefernden Rüstungsgüter zur internen Repression oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht würden, würde eine Genehmigung grundsätzlich nicht erteilt.

Deutschland belegt seit 2004 kontinuierlich einen der vorderen Plätze im internationalen Waffenhandel. Es geht nicht nur um die Masse der exportierten Waffen, sondern vor allem auch um die Empfängerländer. Nach dem Rüstungsexportbericht für das 1. Halbjahr 2019 entfallen rund 40% des Gesamtwertes der Exporte von 5,3 Mrd. € (1. Hj. 2018 = 2,6 Mrd. €) auf Drittländer. Zu diesen Drittländern zählen beispielsweise auch Ägypten, Algerien, Katar und Saudi-Arabien, Pakistan und Venezuela. Es handelt sich also um Staaten mit verschiedenen Menschenrechtsverletzungen, wie beispielsweise mangelnder Pressefreiheit, mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Repression.

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?
- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

2. Terrorismusbekämpfung

Nach dem 11. September 2001 haben viele Menschen Angst vor terroristischen Aktionen und schließen nach Gewaltaktionen auch Folter und Inhaftierung ohne rechtsstaatliche Grundlage nicht aus. Hier sollen beispielhaft drei Fälle erwähnt werden:

(1) Die Türkei wendet die türkischen Antiterror- und Demonstrationsgesetze häufig missbräuchlich an, wie bei der Absetzung von Bürgermeistern der HDP oder der Unterdrückung friedlicher Demonstrationen.

(2) Recherchen von Amnesty International haben stichhaltige Beweise dafür zutage gefördert, dass die immer aggressiveren Luftangriffe der USA in Somalia mit Drohnen zahlreiche zivile Todesopfer gefordert haben (bei 5 Luftangriffen = 14 Zivilpersonen getötet).

(3) "Als US-Präsident Trump die Anordnung seines Vorgängers Barack Obama aufhob, das Militärgefängnis Guantánamo zu schließen, öffnete er einer neuen Ära der Menschenrechtsverletzungen Tür und Tor", sagte Daphne Eviatar, Direktorin für Sicherheit und Menschenrechte bei Amnesty International USA.

Fragen:

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

3. Flüchtlinge und Asyl

Sie fliehen vor Krieg, vor politischer oder religiöser Verfolgung, vor Übergriffen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft: Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, weil ihnen in ihrer Heimat Zerstörung, Misshandlung oder Folter drohen.

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

(7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

4. Rechtsstaatlichkeit

Der Kampf zwischen der bis Ende April 2020 amtierenden Präsidentin des Obersten Gerichtes Polens Gersdorf und der PIS hatte eine neue Stufe erreicht. Gersdorf und ihre Kollegen urteilten, mehr als 500 unter Kontrolle der Politik ernannte Richter seien nicht unabhängig und dürften daher nicht Recht sprechen. Die Regierung brachte das von ihr kontrollierte Verfassungsgericht in Stellung und das von der PIS dominierte Abgeordnetenhaus beschloss ein Gesetz, dass Richtern Gefängnis androht, wenn sie die Legalität anderer Richter bezweifeln (vgl. SZ v. 25./26.1.2020, S. 4 und 9). Gersdorf und Kollegen hatten nur ein Urteil des EuGH umgesetzt, wonach Europäisches Recht dem polnischen Recht im Falle von Widersprüchen vorgeht. Außerdem verlangt das Europäische Recht unabhängige Richter.

Fragen:

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

5. Menschenrechtserziehung

(Dieser Fragenkomplex ist allein für die Kandidatin und die Kandidaten zur Wahl als Bürgermeisterin oder Bürgermeister bestimmt!)

Der Kalender der Menschenrechte und das begleitende Lehrmaterial von Amnesty International richten sich als Unterrichtsmaterial an Lehrkräfte und sollen Anregungen für die Auseinandersetzung mit der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" im Unterricht geben.

Fragen:

- (10) Welche Vorschläge für die Vermittlung der Menschenrechte und deren Umsetzung im täglichen Leben der Schüler können Sie sich an den Honnefer Schulen vorstellen?
- (11) Welche Initiativen würden Sie begrüßen, um das Bewusstsein und das Engagement der Bevölkerung in Bad Honnef für die Menschenrechte zu verstärken?

D. Antworten der Kandidatinnen und der Kandidaten sowie der Parteien

Die Erläuterungen zu den fortlaufend durchnummerierten Fragen ergeben sich aus Abschnitt C.

I. Antworten der Bürgermeisterkandidatin / en**1. Dr. Gabriele Clooth-Hoffmeister – Kandidatin der Grünen****Einleitende Fragen**

(1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Grundsätzlich ist es mir ein Anliegen, nicht wegzuschauen, sondern Rückgrat zu zeigen und „Ross und Reiter“ zu benennen, wenn es um Menschenrechtsverletzungen und das Leid, das sie auslösen, geht. Die Unbedingtheit Menschenrechte zu achten ist Teil des demokratischen, emanzipatorischen Prozesses in unserer Gesellschaft. Amnesty International manifestiert dies regelmäßig.

Menschenrechte sind für mich seit Teenagerzeiten Antrieb meiner politischen Sozialisation. Später dann als Studentin und seit über 20 Jahren bei B90/DIE GRÜNEN.

Menschenrechte in ihrer Gesamtheit sind unveräußerliche und existenzielle Grundrechte. Sie sind gleichberechtigt wichtig, und jeder Mensch sollte sich für ihren Erhalt, Achtung und Durchsetzung einsetzen.

Menschenwürde, allgemeine Gleichheit, Meinungs- und Pressefreiheit, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Recht auf Wohnung und Arbeit, Recht auf Freizügigkeit, Recht auf Eigentum, Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, Recht auf gesetzlichen Richter, Recht auf Religionsausübung sind alle gleichermaßen wertvoll.

Es gibt keine Einteilung in wichtige und unwichtige Grundrechte – wohl aber die Frage der substanziellen Grundhaltung zu den Menschenrechten wie bei der Flüchtlingsfrage.

Gefragt werden sollte: Wo sind die Defizite auf den Ebenen

- *Kommunal*
- *Regional*
- *National*
- *International*

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Als Kommunalpolitikerin setze ich mich auf kommunaler & regionaler Ebene für die Menschenrechte ein.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Nein, Grüne sind grundsätzlich Pazifisten. Ich bin der Meinung, dass Krieg nicht als Lösung für Konflikte dienen kann. Das grundsätzliche Problem ist die allgemeine Waffenverteilung an die Dritt- und sonstigen Länder - aber auch z.B. gesetzwidrige Waffenlieferungen an die Polizei in einigen Bundesstaaten Mexikos.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja, die Grünen sehen grundsätzlich die Notwendigkeit den Waffenhandel international einzuschränken. Waffenlieferungen bringen keine Sicherheit, sondern Instabilität und mehr Konflikte. Meist sind Zivilisten die Opfer.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

*Die drei genannten Fälle sind klare Menschenrechtsverletzungen.
Die Türkei ist weiter auf dem Weg zur Unrechtsherrschaft.
Die Drohnenangriffe der USA sind staatlich organisierter anonymisierter Mord.
Das Lager Guantánamo ist ein offensichtlicher Rechtsbruch von nationalem und internationalem Recht. Es ist Ausdruck brutaler Anmaßung des amerikanischen Präsidenten.*

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Die Grünen sind Humanisten, deswegen sind wir gegen religiöse, weltanschauliche oder ethnische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung und Vertreibung. Aus diesem Grund wollen wir frühzeitig gegen Wasser-, Ernährungs- und Wirtschaftskriege vorgehen. Flüchtlinge sind Opfer - und ihnen muss geholfen werden.

- (7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Die Bürger Bad Honnefs haben mit umfassender Willkommenskultur reagiert. Wir finden dies großartig und haben mitgemacht / mitgearbeitet. Jede Einschränkung dieser Basis bzw. gesellschaftlichen Engagement lehnen wir ab.

Bad Honnef soll sich dem Netzwerk "Sicherer Hafen" für Geflüchtete Menschen anschließen, wie ebenfalls mittlerweile annähernd 100 Städte und Gemeinden in Deutschland.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ja, deswegen ist es auch richtig, dass die EU gegenüber Polen und Ungarn Kooperation und Unterstützung an rechtsstaatliche Prinzipien koppelt.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Ja - auch bei allen berechtigten Fragen / Reflexion von Problemen unter Berücksichtigung von kulturellen Verschiedenheiten, die es in der EU gibt.

Es ist das Ziel, dass alle Bürgerinnen und Bürger in der EU dieselben unveräußerlichen Menschenrechte genießen können.

Menschenrechtserziehung

Fragen:

- (10) Welche Vorschläge für die Vermittlung der Menschenrechte und deren Umsetzung im täglichen Leben der Schüler können Sie sich an den Honnefer Schulen vorstellen?

Antwort:

*Mit dieser Frage beschäftigen sich Pädagog*innen, Schulbuchautor*innen etc. seit Jahren. Die Tiefe und Tragweite der Fragestellung erfordert Zeit und Dialog. Hier kann einiges nur angerissen werden. Menschenrechte und deren Umsetzung finden sich im Spiralcurriculum der Lernpläne von der 5 bis zur 10. Klasse v.a. in den Fächern Politik, Geschichte, Religion und Erdkunde. Auch in der Oberstufe ist das Thema.*

Schülerinnen und Schüler entwickeln in ihrer Schulzeit ein persönliches Welt- und Menschenbild. Dabei sollten sie Menschen begegnen, die durch ihr Vorbild Respekt und Empathie vor dem einzelnen jungen Menschen, aber auch im respektvollen Miteinander au-

*thentisch vorleben. Dazu gehören z.B. ganz menschliche Handlungen wie grüßen, eigene Standpunkte erläutern, statt Willkür walten lassen oder sich auf Hierarchien zurück zu ziehen. In der Tat leben dies viele Lehrer*innen vor.*

*Aktuelle politische Entwicklungen, die zu Menschenrechtsverletzungen führen sollten im Politikunterricht analysiert werden und an den Menschenrechten gemessen werden. Daraus können sich Aktionen entwickeln, wo Schülerinnen und Schüler sich mit einem Projekt konkret für eine Person oder eine Personengruppe einsetzen. (Marktstand, Unterschriftensammlung, Teilnahme an Demos, digitale Aktionen). "Grund- und Menschenrechts"-Workshops können in Zusammenarbeit mit Referent*innen der Bundeszentrale für politische Bildung etabliert werden.*

Die Unterrichtsmaterialien von Amnesty International bieten hier ebenfalls vielfältige Unterstützung und können in den Unterricht und an Projekttagen wertvolle Unterstützung bieten.

Gedenktage an Schulen, Unterrichtsgänge zum Beispiel zur Gedenkstätte „Landjuden an der Sieg“ in Windeck und der Besuch von Mahnmahlen auf Klassenfahrten sind weitere Möglichkeiten.

*Ich setze mich seit Jahren für ein Jugendparlament bzw. einen Jugendbeirat ein. Nach meiner beruflichen Erfahrung haben Kinder und Jugendliche großes Interesse an der gesamten Thematik und hätten dort die Möglichkeit, Ideen und Impulse in die Stadt zu bringen. Es gibt viele Initiativen, die von Kindern, Jugendlichen und der SV aufgegriffen werden können wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „Schule der Vielfalt - Eine Schule ohne Homophobie und ohne Trans*feindlichkeit“.*

- (11) Welche Initiativen würden Sie begrüßen, um das Bewusstsein und das Engagement der Bevölkerung in Bad Honnef für die Menschenrechte zu verstärken?

Antwort:

Die Menschen, die sich hier engagieren, gilt es aktiv zu unterstützen.

Ich könnte mir die Ausschreibung einer Ausstellung im Kunstraum des Rathauses vorstellen, die "Grund- und Menschenrechte" auf lokaler, regionaler, bundes-, europäischer- und weltweiter Ebene thematisiert.

Ein Jugendparlament bzw. Jugendbeirat hat die Möglichkeit, sich dieser Thematik anzunehmen. Und erhält dabei Unterstützung der Stadt.

Bad Honnef soll sich dem Netzwerk "Sicherer Hafen" für Geflüchtete Menschen anschließen, wie ebenfalls mittlerweile annähernd 130 Städte und Gemeinden in Deutschland.

2. Klaus Munk – Kandidat der SPD

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Freiheit, Leben und Unversehrtheit, Sicherheit.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Besondere Möglichkeiten sehe ich in der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Hier lassen sich die genannten Themen besonders gut in die Tat umsetzen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Nein

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Aktionen dürfen immer nur nach geltendem dem Völkerrecht entsprechendem Recht durchgeführt werden- auch in Kriegs- und Krisenzeiten. Die hier genannten Aktionen haben m.E. alle gegen dieses Grundprinzip verstoßen,

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Ja diese Verpflichtung sehe ich. Sie ergibt sich schon aus den Grundwerten unserer Gesellschaft.

- (7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

In Bad Honnef ist besonders durch Bürgerengagement in Bezug auf Integration viel getan worden. Dieses Engagement sollte von der Stadt noch intensiver gefördert werden. Außerdem sollten wir uns in Abstimmung mit der zur Hilfe bereiten Bevölkerung aktiv um die Aufnahme weiterer um Freiheit und Leben Gefährdeter im Rahmen unserer Möglichkeiten bemühen.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ja

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Ja - sonst verliert die EU einen entscheidenden Teil ihrer Identität.

Menschenrechtserziehung

Fragen:

- (10) Welche Vorschläge für die Vermittlung der Menschenrechte und deren Umsetzung im täglichen Leben der Schüler können Sie sich an den Honnefer Schulen vorstellen?

Antwort:

Ich denke da z.B. an Projekte in Verbindung mit aktuellen und historischen Menschenrechtsverletzungen, Patenschaften mit und Vorträge von Opfern etc

- (11) Welche Initiativen würden Sie begrüßen, um das Bewusstsein und das Engagement der Bevölkerung in Bad Honnef für die Menschenrechte zu verstärken?

Antwort:

Wie bei den Schulen. Werben für konkrete Patenschaften. Projekte mit Bezug zu konkreten Regionen und Situationen. Kulturelle Veranstaltungen mit Teilnehmern aus Krisengebieten in Verbindung mit Infoveranstaltungen, Lesungen, Vorträgen, Podiumsdiskussionen. Petitionen etc

3. Otto Neuhoff – Kandidat der CDU, der FDP und des Bürgerblocks



Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Für mich sind das die Rechte auf körperliche Unversehrtheit, auf ein faires Verfahren, auf freie Meinungsäußerung und das Diskriminierungsverbot.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Hier in Bad Honnef ganz praktisch da, in dem wir als Stadt mit Flüchtlingen, die bei uns ankommen, gut umgehen. Also, sie nicht nur unterbringen, sondern Ihnen als Menschen mit einer positiven Grundhaltung begegnen und Ihnen die Integration erleichtern. ¹¹_{SEP} Darüber hinaus gibt es im Rahmen der Arbeit von Amnesty oder auch bei Petitionen viele weitere Optionen sich einzusetzen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Das kann ich im Einzelnen nicht beurteilen. Dafür müsste ich mit den Erwägungen, die zu den Entscheidungen der Bundesregierung geführt haben, vertraut sein. Grundsätzlich halte ich aber die Entwicklung des Gesamtvolumens der deutschen Waffenexporte für bedenklich.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja.

Terrorismusbekämpfung**Fragen:**

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Grundsätzlich sollten für alle Eingriffe rechtliche Grundlagen existieren, die mit den Menschenrechten vereinbar sind. Das ist offensichtlich in allen aufgezählten Fällen nicht gegeben.

Flüchtlinge und Asyl**Fragen:**

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Die gerechte Verteilung von Flüchtlingen auf die Länder der EU ist eine europäische Aufgabe, in der Deutschland bisher einen Großteil der Aufnahme von Flüchtlingen übernommen hat. Die Gewährleistung der Menschenrechte und die Wirtschaftskraft Deutschlands legen ein zusätzliches Engagement nahe, muss aber auch mit den innenpolitischen Konsequenzen abgewogen werden. Mindestens ebenso wichtig ist es aber, stärker als bisher zu ökonomisch und politisch gerechteren Verhältnissen in den Herkunftsstaaten/-Regionen beizutragen.

- (7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Bad Honnef hat im Zusammenwirken von Ehrenamtlichen Helfern, Kirchen und anderen Organisationen, Rat und Verwaltung für Aufnahme und Integration Vorbildliches geleistet. Insbesondere das Paten-Prinzip und die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge haben sich bewährt. Die örtlichen Maßnahmen können in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen des Bundes und des Landes NRW sicher noch weiter entwickelt werden.

Rechtsstaatlichkeit**Fragen:**

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ja! Das Prinzip der Gewaltenteilung sieht zwingend eine unabhängige Justiz vor, das ist die Voraussetzung für die Gewährleistung des Rechtsstaates und damit für ein faires Verfahren.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Im Prinzip ja. Die Europäische Union hat den Anspruch mehr zu sein als eine ökonomische Gemeinschaft. Sie befindet sich allerdings in einer massiven Krise, der Zerfall

droht. Deswegen ist bei den Überlegungen einzubeziehen, inwieweit die möglichen Maßnahmen die Gemeinschaft überwiegend stärken oder schädigen können.

Menschenrechtserziehung

Fragen:

- (10) Welche Vorschläge für die Vermittlung der Menschenrechte und deren Umsetzung im täglichen Leben der Schüler können Sie sich an den Honnefer Schulen vorstellen?

Antwort:

Abstrakte Unterrichtsinhalte, die zum einen den Inhalt der Menschenrechte vermitteln, zum anderen Bedeutung des Rechtsstaates und des Prinzips der Gewaltenteilung verdeutlichen, könnten mit konkreten Projekten verbunden werden, in denen beispielhaft die Entwicklung in Ländern wie z.B. Venezuela, vom demokratischen Rechtsstaat in ein autoritäres Regime erarbeitet wird.

- (11) Welche Initiativen würden Sie begrüßen, um das Bewusstsein und das Engagement der Bevölkerung in Bad Honnef für die Menschenrechte zu verstärken?

Antwort:

Die Ortsgruppe von Amnesty in Bad Honnef macht mit immer neuen öffentlichen Aktionen/Veranstaltungen auf die Bedeutung der Menschenrechte aufmerksam. Das sollte fortgesetzt werden. Insbesondere eine stärkere Verzahnung mit den Schulen (s.o.) durch Projekte würde ich begrüßen und gerne unterstützen.

II. Antworten der Kreistagskandidatinnen / en

1. Hans Joachim Ewald – Kandidat der CDU

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Da Menschenrechte in ihrer Komplexität faktisch alle Bereiche des Sozialen umfassen und dazu noch interdependent untereinander verknüpft sind, ist es kaum möglich, ein einzelnes Thema aus allen Bereichen zu favorisieren. Eher macht es aus meiner Sicht Sinn, sich immer wieder die grundsätzlichen und grundlegenden Überlegungen zur Konstitution von Menschenrechten zu vergegenwärtigen. Und dabei geht es aus meiner Sicht um Gleichberechtigung - dem Abbau von Diskriminierung.

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Ich selber leite den Verein „Ökumenisches Netzwerk Integration e.V.“ der sich als Flüchtlingshilfeverein in Bad Honnef konkret um die Belange von Flüchtlingen kümmert. Wir treten dann in Erscheinung, wenn schnell und unbürokratisch Hilfe benötigt wird. Aus meiner politischen Arbeit habe ich auch die exzellente Arbeit der kommunalen Verwaltung kennen gelernt. Diese Erfahrungen befruchten sich gegenseitig und bereichern sowohl die Arbeit des Vereins sowie meine politische Arbeit.

Waffenhandel

Fragen:

(3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Ich denke, auf die Waffenlieferungen der Bundesregierung haben wir alle nur dadurch Einfluss, dass die Bürger/innen in unserem Land Parteien und Personen wählen und unterstützen, die sich für relevante Themen auf diesem Gebiet einsetzen.

Als ehemaliger Polizeibeamter des Bundes sehe ich eine unbedingte Notwendigkeit für das Gewaltmonopol des Staates. Ich habe die lebensvernichtende Gewalt von Waffen selber miterleben müssen und bin darüber noch immer ergriffen.

Doch nun konkret zu Ihrer Frage: Dass es sich beim Export von Rüstungsgütern um einen Akt der Abwägung als Einzelfall im Rahmen der Gesetzgebung handelt, ist offensichtlich und geboten.

Aus meiner Sicht legt die Bundesregierung höchsten Wert darauf, dass das exportierte Gut nicht für Menschenrechtsverletzung genutzt wird. Die Exporte sind nicht in erster Linie wirtschaftlich motiviert. Es gibt außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen, die hier entscheidungsbindend sind.

Sicher ist aber, dass es beim Thema Rüstungsexporte kein einfaches Schwarz-Weiß gibt, keine einfache Lösung.

Aus meiner Sicht ist in den letzten Jahren beim Thema Waffenexporte viel erreicht worden. So hat die Bundesregierung u.a. politische Grundsätze für Rüstungsexporte beschlossen.

(4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ich möchte hier auf meine Antwort der vorigen Frage verweisen.

Grundsätzlich glaube ich aber, dass ein soziales Miteinander, ein miteinander Reden und auch gemeinsames Handeln langfristig immer das Wichtigste sind. Ich möchte hier auch an den Fall der Mauer von 1989 erinnern.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Menschenrechtsverletzungen ohne rechtsstaatliche Grundlage gehören aus meiner Sicht geächtet und alle Formen der rechtsstaatlichen Einflussnahme, z.B. Sanktionen, sollten eingesetzt werden, um dem ein Ende zu setzen.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Das provoziert die Frage: Mehr als wer?

Ich stehe zu dem Satz von Angela Merkel: Wir schaffen das!

Ich leite den Flüchtlingshilfeverein „Ökumenischer Netzwerk Integration e.V.“ und sehe aber auch als Stadtrat der Stadt Bad Honnef die erforderlichen Anstrengungen und die finanziellen Notwendigkeiten, die hier der öffentlichen Hand abverlangt werden.

Ja, aus meiner Sicht können wir mehr leisten. Aber: Wir können die Welt nicht alleine befrieden oder ganz alleine die Flüchtlingsproblematik lösen.

Das wird nur im internationalen Verbund gelingen. Deutschland ist dabei auf einem guten Weg. Ein zügigeres Vorgehen würde ich mir dabei allerdings auch wünschen.

(7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Die CDU-Bad Honnef will einen humanen Aufenthalt für die Flüchtlinge und möchte, dass die zu uns kommenden Familien und älteren Menschen unsere schöne Stadt in guter Erinnerung behalten.

Im Winter 2015 haben die Stadt Bad Honnef, die Bürger der Gemeinde und auch der damals frisch gegründete Verein „Ökumenisches Netzwerk Integration e.V.“ gezeigt, dass gemeinsam schnell und außerordentlich erfolgreich an einer Lösung für die Situation gearbeitet werden kann.

Auch hat der Stadtrat der Stadt Bad Honnef einstimmig beschlossen, für eine verteilte Unterbringung zu sorgen, um eine Lagerbildung zu verhindern.

Danach hat der von mir geleitete Verein seine Arbeit ausgeweitet. So haben wir z.B. eine Begegnungsstätte betrieben und sorgen konkret für Bildung und Ausbildung der Flüchtlinge.

Die Stadtverwaltung hat sich für das Thema neu aufgestellt und macht hier aus meiner Sicht eine vorbildliche Arbeit.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Staatliches Handeln sollte aus meiner Sicht auf seine Regelkonformität überprüft werden können. Allerdings ist es dafür schwer, das richtige Maß zu finden. Ist der Staat doch mehr als das Recht. Recht existiert ja nicht aus und für sich. Das Absolute gibt es hier nicht.

Wie die aktuelle Corona-Situation zeigt, muss notwendiges staatliches Handeln sich auch kurzfristig auf neue Anforderungen einstellen. Grundsätzlich ist Staatstätigkeit aus meiner Sicht nicht nur reine Exekution von Gesetzen.

Polen ist ein wichtiges Nachbarland und wir sollten uns auf persönlicher Ebene für Verständigung einsetzen. Auch so können wir helfen, rechtsstaatliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Weiteres liegt aus meiner Sicht auf der Ebene des Bundes und der EU.

(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Der jährliche Bericht über die Kontrolle der Anwendung des Unionsrechts gibt hier einen guten Überblick über die europaweite Anwendung von EU-Recht.

Aus meiner Sicht nutzt die EU ihre Möglichkeiten zwischen Druck und Unterstützung gut. Dieser Weg sollte weiter gegangen werden.

Relevant schein mir hier zu sein, welche politischen Akzente und Schwerpunkte bei der Durchsetzung von EU-Recht gesetzt werden.

2. Burkhard Hoffmeister – Kandidat der Grünen



Einleitende Fragen

(1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

*Menschenrechte sind universell. Sie sind immer das wichtigste und zu oft auch das letzte Kriterium, an dem sich Politik oder auch Politiker*innen messen lassen müssen. So etwas wie eine letzte Instanz, an der Niemand vorbeikommt.*

Den Menschenrechten begegnen wir im Kreis, dem Zusammenschluss von 19 Kommunen oft. Migranten, Abschiebungen, Inklusion, Bildung und Arbeit, Jugend und Alter, Wohnen, soziale Teilhabe – immer wieder braucht es einen klaren Kompass. Damit die Menschen zu ihren grundlegenden Rechten kommen.

Seit meiner aktiven Beteiligung in Schüler- und Studentenbewegung folge ich nur politischen Ansätzen, die die Beachtung und Durchsetzung von Menschenrechten inkludieren. Das war mir immer selbstverständlich. Manchmal habe ich mir auch erlaubt, das Handeln anderer an dessen Wirkung in Bezug auf Menschenrechte zu messen. Ich habe Glück gehabt: Meine politische Sozialisation hat es mir sehr grundsätzlich vermittelt, hier nicht nach Tricks, Ausreden oder ungerechtfertigten Rechtfertigungen zu suchen.

Die Benennung einer Reihenfolge in der Wertigkeit von Menschenrechten halte ich für kaum machbar. Es geht immer um konkrete Verletzungen, und konkrete Fälle. Menschenrechte sind dann die letzte Leitplanke, um zu beurteilen und (auch) mich selbst in die Pflicht zu nehmen.

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Manchmal kann mensch Einfluss auf Entscheidungen nehmen oder auch falsche korrigieren. Selbstverständlich beim Umgang mit Migranten, bei Abschiebungen, bei aller Art der Hetze seitens AfD-Kreistagsmitgliedern. Besonders wichtig wird es bei schwierigen und subtilen Themen: Erhält ein Kind seine Bildung, gilt Inklusion, erhält eine Familie eine Wohnung.

Als Bauausschussvorsitzender der GWG (Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft) des Rhein-Sieg-Kreises und als deren Aufsichtsrat ist mir die soziale Orientierung von Menschenrechten zu Leitfaden fachpolitischer Arbeit geworden. Hier kann mensch etwas bewirken, ohne stets Presseerklärungen schreiben zu müssen. Direkt, einfach, leise.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?
- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Waffen und Kriege taugen nicht zur Konfliktlösung.

Als Grüner kann ich mich da auf meine Partei fast immer verlassen. Umso mehr fällt dann auf, wenn auch Grüne der Versuchung erliegen, hier „Ausnahmen“ zu begründen. Dann vertrete ich Gegenposition.

Meine Erwartung ist es, dass Deutschland seine Rolle im internationalen Waffenhandel verliert. Dass es sich ehrgeizig dafür einsetzt, Waffenhandel zu ächten. Dass wirtschaftliche Interessen auf diesem Gebiet keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr erhalten.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Hier fühle ich mich oft überfragt. Wenn es darum geht, von vornherein und sicher zu wissen, was getan werden soll. Besonders brutale Verbrechen, besondere fanatische Menschenverachtung fordern Entscheidungen besonderer Art. Manchmal bin ich froh nicht in jener politischen Verantwortung zu sein, die demokratische Gegenwehr konkret beschließen muss.

Die von A1 genannten Fälle beurteile ich jedoch klar:

Die Türkei - die ich mag, wo ich oft war und lange arbeitete – hat aktuell eine Regierung auf schlechtem Weg. Es gibt dort bereits viel Willkür, und Erdogan marschiert immer mehr in Richtung Unrechtsherrschaft.

Drohneneinsätze zum Zwecke der Tötung sind staatlich organisierter Mord. Ein Fanal überbordender Brutalität im Namen der Völker. Absurd.

Dass das Lager Guantánamo noch immer existiert, das ist schlimm. Noch immer tut es mir leid, Obama in dieser Frage gescheitert zu sehen. Trump begrüßt aktiv den Rechtsbruch – anmaßend, brutal, abstoßend.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?
- (7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Eine klare Linie tut not.

So viel helfen wie möglich. Willkommen als humanistische Grundhaltung. Stets unsere Partnerländer fordern und erinnern mitzuhelfen. Auch und gerade – in der EU.

Dabei die Ursachen sehen und bekämpfen: Ausbeutung Verantwortungslosigkeit, krude wirtschaftliche Interessen, Profitgier, Verachtung. Wir wussten doch, dass Wasserkriege, Revolten, Flüchtlingszüge und Hunger auf solchem politischen Weg unausweichlich sind.

*Bad Honnef hat es bisher ganz gut gemacht. Die Bürger*innen sowieso. Nicht gefallen hat mir ein Bürgermeisterbrief, der (in konkret sehr zweifelhafter Argumentation) Flüchtlinge instrumentalisierte als „Auslöser“ knapper Kassen.*

Bad Honnef gehört ins Netzwerk „Sicherer Hafen“.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?
- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Zunächst sollten wir an uns selbst arbeiten. Aufpassen und kontrollieren, um eigene Fehler zu erkennen und zu korrigieren. Rechtsstaatlichkeit ist in Deutschland nicht einfach so „da“; sie will in kontinuierlichem Prozess verteidigt werden. Auch – und gerade – unsere nationale Geschichte mahnt zur Obacht im eigenen Haus.

Bei Polen und Ungarn sollten wir uns allerdings trauen, demokratische Defizite zu hinterfragen. Und weniger Zweifel an der europäischen Konsequenz aufkommen lassen.

„Rechtsstaatlichkeit“ erscheint mir als recht gut formuliertes Kriterium, welches die EU anlegen kann und soll.

3. Kerstin Salchow – Kandidatin der SPD

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Passend zu Frage 1 ist mir, und das antworten ihnen wahrscheinlich die meisten Befragten, Artikel 1 besonders wichtig. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sollen sich mit Solidarität begegnen. Artikel 1 impliziert weitergedacht alles, was nachfolgend in den weiteren 29 Artikeln genauer definiert wird.

*In Artikel 2 (Verbot der Diskriminierung) wird Artikel 1 genauer definiert bzw. der Umkehrschluss gezogen – was also bei Beachtung der Gleichheit nicht gemacht werden darf. Er ergänzt somit Artikel 1. Sehr erfreulich ist, dass in der Erklärung der Menschenrechte, im Gegensatz zu unserem Grundgesetz, nicht von Rasse, sondern von rassistischer Zuschreibung gesprochen wird. Rassist*innen mag es zwar geben, aber eine menschliche Rasse nicht, wie heutzutage wissenschaftlich (zum Glück) belegt ist und sollte somit auch aus unserem Sprachvokabular und erst recht aus dem Grundgesetz gestrichen werden.*

Artikel 14 ist mir auch besonders wichtig. Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern Asyl zu suchen. Hierfür habe ich ein ganz einfaches Beispiel. Es ist mir unverständlich, warum mein Leben, aufgrund des Zufalls und Glücks in Deutschland geboren zu sein, im Fall eines kenternenden Kreuzfahrtschiffes (davon abgesehen, dass ich dort, so wie ich es beeinflussen kann, niemals anzutreffen sein werde), gerettet werden würde, tausende und abertausende Menschen, qua ihres nichtzubeinflussenden Geburtsortes, mit unserem Wissen und aktivem Nichtstun, ihr Leben auf dem Meer lassen müssen. Wäre ich jünger und unabhängig, würde ich auf diesem Gebiet aktiv werden. Hinzu kommt mein Entsetzen über geschlossene EU-Außengrenzen, aktiven gewalttätigen Grenzschutz und unhaltbaren Zuständen in Flüchtlingslagern.

Nun, höre ich mit der Aufzählung auf, denn ein wichtiger Artikel fügt sich an den anderen. Ob nun der Mensch von Natur aus gut ist und die Umwelt und Gesellschaft Schuld am Bösen oder aber „das Trachten des menschlichen Herzens böse ist, von seiner Jugend an“, wie es bereits in der Bibel steht, vermag und will ich nicht diskutieren. Tatsache ist, dass die Erklärung der Menschenrechte grundlegende Ziele des menschlichen Zusammenlebens (zumindest auf dem Papier) regelt.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Ein langer Weg beginnt mit dem ersten Schritt und dieser fängt bei der Erlernung und Automatisierung der aktiven Teilhabe an der Gesellschaft an. Das bedeutet, dass die abstrakten Begrifflichkeiten, in einem ersten Schritt, in einer anschaulichen, vergegenständlichten Art und Weise in unsere Vorstellung gelangen muss, denn wir denken alle in Bildern.

Das fängt mit der Sprache an. Als kleines plakatives Beispiel sei hier die Inklusion von Frauen und Menschen, die sich einem binären Geschlecht nicht zuordnen wollen oder

können, genannt. Wir könnten sie sichtbar machen, indem wir sie in unserer Sprache stringent nennen würden.

Im zweiten Schritt sollte es für uns alle „normal“ sein, bei Abweichungen von einem freien, gleichen und solidarischen Zusammenleben, aktiv zu werden.

Dieser Aktionsradius ist für jeden Menschen unterschiedlich.

Deswegen sehe ich die Möglichkeit sich jeden Tag und an jedem Ort, genau da wo man lebt und arbeitet, für Menschenrechte einzusetzen.

Hilfreich ist natürlich eine Vernetzung bzw. das Engagement in der Gemeinschaft, denn nur viele Stimmen gemeinsam können eine Veränderung bewirken.

Dieser „Dreisprung“ aus „denken, machen, gemeinsam wirken“ muss insbesondere in unseren Bildungseinrichtungen, wie Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten erlernt und gelebt werden. Hier gibt es jedoch großen Optimierungsbedarf.

*Meine Möglichkeiten mich Tag für Tag und vor Ort für Menschenrechte einzusetzen verwirkliche ich deswegen täglich als Lehrerin in der Schule, im Personalrat für Gesamtschulen, dem Gremium, das u.a. die Gleichbehandlung von Lehrkräften überwacht, in der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), mit den Schwerpunkten Rechte von Frauen und Bildungsfinanzierung und natürlich bei den Sozialdemokrat*innen.*

Dabei bin ich mir natürlich darüber im Klaren, dass mein Aktionsradius, im Einsatz gegen Diskriminierung hier vor Ort, auf einem bereits hohem Niveau liegt und in anderen Ländern und Kulturen viel schlimmere Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Aber auch hier gibt es diskriminierende Verhaltensmuster z.B. in den Bereichen Sexismus, Antifeminismus und Rassismus, die wir verbessern können.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Nein.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

*Waffenexporte in Länder mit undemokratischen Strukturen müssen natürlich eingeschränkt bzw. der Export von explizit zur Tötung geeigneten technischen Geräte muss verboten sein. Im Hinblick auf Arbeitsplätze sollte die Regierung alternative Überlegungen, gemeinsam mit Expert*innen aus Theorie und Praxis, erstellen. Unsere Sicherheit bzw. der Waffenexport in ggf. unsichere Länder darf nicht durch Angebot und Nachfrage geklärt werden.*

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

*Aktuell bekommen wir, durch die Verurteilung des Journalisten Deniz Yüzel, erneut präsentiert, wie unrechtstaatliches Vorgehen z.B. in der Türkei umgesetzt wird und selbst verfassungsgerichtliche Urteile missachtet werden. Auch Machthaber*innen müssen kritisiert werden dürfen, ohne dass Überwachung, Einschüchterung, Inhaftierung, Verletzung oder sogar der Tod zu befürchten ist. Ein demokratischer Staat muss Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit schützen und nicht einschränken.*

*Bereits ohne Drohnenangriffe sterben durch Luftangriffe, z.B. auch in Afghanistan, viel zu viele Zivilist*innen. Wie dramatisch sich befohlene Luftangriffe entwickeln können, haben wir durch den Luftangriff 2009 bei Kundus, bei dem (mind.) 91 zivile Menschen, darunter zahlreiche Kinder und Jugendliche, ums Leben kamen, mitbekommen.*

Das Gefangenenlager Guantanamo ist, selbst ohne die dort eingesetzten Foltermethoden, ein Verstoß gegen die eigene Verfassung der Vereinigten Staaten und gegen die Menschenrechte. Es ist ein Widerspruch in sich und sollte aufgelöst werden.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Natürlich kann und muss Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen. Alle Länder der nördlichen Hemisphäre werden mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen. Der Klimawandel und die damit verbundenen Auswirkungen, wird die Lebenssituation auf der südlichen Erdhalbkugel, weit über unsere Vorstellungskraft hinaus, verschärfen. Kriege, Bürgerkriege und ihre Auswirkungen kommen hinzu.

Wir sind ein reiches Land und ein reicher Kontinent. Falls den Regierungen Geld fehlen sollte, können sie mit einer Steuerpolitik für eine Umverteilung des vorhandenen Geldes sorgen, was m.E. unabhängig der Aufnahme geflüchteter Menschen, überfällig und notwendig ist. Hier gilt es die Chance der Krise zu nutzen. Steuerkonzepte gibt es hierzu z.B. von SPD, GEW und DGB.

*Leider setzen sich zu wenig Politiker*innen bzw. Aktivist*innen hierfür ein. Das Bewusstsein über die Möglichkeiten der Verteilung der Finanzen bzw. der Regulierung des Finanzmarktes sollte in der Gesellschaft bekannt gemacht werden. Hier sind u.a. natürlich auch Medien angesprochen.*

- (7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

*Bereits vor dem Sommer 2015 gab ich, zusammen mit anderen Genoss*innen Sprachunterricht für 6 geflüchtete Menschen in Aegidienberg. Zusammen mit den Kirchen und vielen engagierten Aegidienberger*innen organisierten wir den „Runden Tisch Asyl“ und schufen so ein Angebot für alle Ankommenden. Wir organisierten ein Pat*innensystem, Sprachunterricht, Werkstätten und die Verteilung von Spenden. Organisierte Eigeninitiative funktioniert in dringenden Fällen wesentlich flexibler als ein Verwaltungsapparat, wie die Stadt Bad Honnef.*

*Schnell beteiligte sich die Stadt Bad Honnef und übernahm die Koordinierung. Hier möchte ich insbesondere Frau Batzella und Herrn Trimborn anerkennend erwähnen. Nach wie vor gibt es aktive Pat*innenarbeit, ehrenamtliche Sprachangebote und Werkstätten. Meiner Meinung ist Bad Honnef, egal ob haupt- oder ehrenamtlich, bei den Maßnahmen für geflüchtete Menschen vor Ort gut aufgestellt.*

Allerdings könnte Bad Honnef nach Außen wirksamer werden. Deshalb hat die SPD die Stadt Bad Honnef aufgefordert Mitglied bei dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ zu werden und sich solidarisch mit der Gruppe SEEBRÜCKE zu erklären.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Gewaltenteilung, d.h. die Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative ist die grundlegende Voraussetzung für jede Demokratie. Sie sollen sich gegenseitig kontrollieren, um Machtmissbrauch zu verhindern. Wenn, wie in Polen, die Judikative und/ oder die Legislative von der Exekutiven gesteuert wird, um ein bestimmtes politisches Ziel zu verfolgen, ist diese, für das Funktionieren einer rechtsstaatlich agierenden Demokratie wesentliche Voraussetzung, außer Kraft gesetzt.

Für die Besetzung von Posten sollte jedes Land gut durchdachte Kriterien aufstellen und beachten. Ich persönlich finde es z.B, auch schwierig, dass der deutsche Präsident des Bundesverfassungsgerichtes 9 Jahre Mitglied des Bundestages war.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Ja.

4. Carl Sonnenschein – Kandidat der FDP

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Alle Menschenrechts-Themen sind wichtig. Nach meinen Möglichkeiten und Kenntnissen befasse ich mich vor allem mit den Menschenrechts-Themen „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“, „Recht auf Leben und Freiheit“, „Gleichheit vor dem Gesetz“, „Anspruch auf Rechtsschutz“ und „Meinungs- und Informationsfreiheit“.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Als (Kommunal-)Politiker nutze ich vor allem meine politischen Möglichkeiten und Verbindungen. Über die FDP kann ich z.B. Verbindungen zu Bundestagsabgeordneten und Europaabgeordneten sowie der Organisation für die europäischen liberalen Parteien „ALDE“ aufnehmen und über diese Einfluss nehmen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Nein. Diese Lieferungen müssen stoppen.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja, wobei nicht nur die undemokratischen Strukturen sondern auch die Einhaltung der fundamentalen Menschenrechte entscheidend sein müssten. Auch aus unserer Sicht „demokratische“ Länder verstoßen zum Teil massiv gegen Menschenrechte.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

a) Nicht nur in der Türkei wird ein angeblicher Kampf gegen den Terror benutzt, um gegen Oppositionelle oder andere der Regierung missfallende Menschen und Organisatio-

nen vorzugehen. Die geschilderten Fälle sind furchtbar. Die zurückhaltende (politische) Reaktion Deutschlands und der EU beschämend.

b) Jede gewaltsame (Militär-)Aktion muss überprüfbar sein. AI übernimmt mangels funktionierender supranationaler Organisationen hier eine wichtige Aufgabe. Die mit diesen Militäraktionen verfolgten Terroristen haben ggf. den Tod unschuldiger Menschen auf dem Gewissen. Ihre Verfolgung fordert ebenfalls den Tod unschuldiger Menschen. Wo bleibt die Moral?

c) Der Weiterbetrieb von Guantanamo unter Ausschluss rechtsstaatlicher Kontrolle und unter Missachtung der Menschenrechte ist ein Skandal.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Jedes Land auf der Welt hat die moralische Verpflichtung Verfolgte aufzunehmen. Es kann nicht die Lösung sein, alle Flüchtlinge nach Deutschland zu bringen. Zum einen ist hier eine Verteilung etwa innerhalb der EU sinnvoll und zum anderen sollten verstärkt die Fluchtursachen bekämpft werden und den Menschen vor Ort geholfen werden.

(7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Ja. Bad Honnefs Verwaltung und vor allem Bad Honnefs Bürger haben ein großes Engagement gezeigt.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ja, wobei das Datum des Verfalls wohl früher anzusetzen ist.

(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Die EU sollte nicht sie muss! Die Menschenrechte sind Teil des EU-Rechts. In einigen EU-Staaten werden massive Menschenrechtsverletzungen begangen. Die EU sieht tatenlos zu. Ohne jedwede Sanktion werden etwa seit drei Jahren katalanische Abgeordnete, Minister und Vereinsvorsitzende inhaftiert, die sich friedlich für eine erneute Unabhängigkeit Kataloniens vom spanischen Zentralstaat eingesetzt haben. Aufrufe, Forderungen und Appelle unter anderem der UN Menschenrechtskonvention, Amnesty Inter-

national und zahlreichen anderen internationalen Organisationen bleiben ungehört. Das Menschenrecht die eigene Muttersprache wird unterdrückt, in dem geplant ist, die katalanische Sprache in Behörden und Ämtern zu verbieten. Geht die EU nicht gegen Ihre eigenen Mitglieder vor, setzt sie den Traum eines vereinten Europas der Menschen aufs Spiel.

5. Martina Ihrig - Kandidatin der FDP

Einleitende Fragen

(1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Ich sehe grundsätzlich keine Priorisierung bei den Menschenrechtsthemen. Mir besonders wichtig ist, zu wählen, eine bezahlbare Medizin, Gesundheitsversorgung und kostenlose Bildung.

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Ich setze mich durch aktives politisches Handeln im Alltag für Menschenrechte ein.

Waffenhandel

Fragen:

(3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Nein, absolut nicht.

(4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Terror muss weltweit bekämpft werden. Es gilt dem internationalen Terror die finanzielle Basis zu entziehen und regionale Kräfte, die sich gegen den Terror stellen, zu stärken.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Nein. Es gilt Flüchtlingsursachen vor Ort zu bekämpfen. Die FDP setzt sich für einen fairen Schlüssel für die Verteilung in Europa ein.

(7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Ja. Bad Honnef hat 2015/16 mit der Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge und jetzt auch mit der Beherbergung von Flüchtlingen in der Jugendherberge während der Corona-Pandemie eine lebendige Willkommenskultur bewiesen, die von der Stadtverwaltung, der gesamten Politik und zahlreichen Ehrenamtlern getragen wurde.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Polens Rechtsstaat ist in Gefahr. Die Justizreform verletzt die Grundwerte der EU und muss zurückgenommen werden.

(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

M.E. ja, Sanktionen sind nach der gegenwärtigen Rechtslage eher unwahrscheinlich. Es könnten aber bei schwerwiegenden und dauerhaften Verletzungen des Rechtsstaatslichkeitsprinzips z.B. Stimmrechte innerhalb der EU suspendiert werden.

III. Antworten der Parteien und Wählergemeinschaften

1. Bündnis 90 / Die Grünen

Einleitende Fragen

(1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Menschenrechte in ihrer Gesamtheit sind unveräußerliche und existenzielle Grundrechte. Sie sind gleichberechtigt wichtig, und jeder Mensch sollte sich für ihren Erhalt, Achtung und Durchsetzung einsetzen.

Menschenwürde, allgemeine Gleichheit, Meinungs- und Pressefreiheit, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Recht auf Wohnung und Arbeit, Recht auf Freizügigkeit, Recht auf Eigentum, Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, Recht auf gesetzlichen Richter, Recht auf Religionsausübung sind alle gleichermaßen wertvoll.

Es gibt keine Einteilung in wichtige und unwichtige Grundrechte – wohl aber die Frage der substanziellen Grundhaltung zu den Menschenrechten wie bei der Flüchtlingsfrage.

Gefragt werden sollte: Wo sind die Defizite auf den Ebenen

- *Kommunal*
- *Regional*
- *National*
- *International*

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Als Kommunalpolitiker setzen wir uns auf kommunaler & regionaler Ebene für die Menschenrechte ein.

Waffenhandel

Fragen:

(3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Nein, wir Grüne sind grundsätzlich Pazifisten. Wir sind der Meinung, dass Krieg nicht als Lösung für Konflikte dienen kann. Das grundsätzliche Problem ist die allgemeine Waffenverteilung an die Dritt- und sonstigen Länder - aber auch z.B. gesetzwidrige Waffenlieferungen an die Polizei in einigen Bundesstaaten Mexikos.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja, die Grünen sehen grundsätzlich die Notwendigkeit den Waffenhandel international einzuschränken. Waffenlieferungen bringen keine Sicherheit, sondern Instabilität und mehr Konflikte. Meist sind Zivilisten die Opfer.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Die drei genannten Fälle sind klare Menschenrechtsverletzungen.

Die Türkei ist weiter auf dem Weg zur Unrechtsherrschaft.

Die Drohnenangriffe der USA sind staatlich organisierter anonymisierter Mord.

Das Lager Guantánamo ist ein offensichtlicher Rechtsbruch von nationalem und internationalem Recht. Es ist Ausdruck brutaler Anmaßung des amerikanischen Präsidenten.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Die Grünen sind Humanisten, deswegen sind wir gegen religiöse, weltanschauliche oder ethnische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung und Vertreibung. Aus diesem Grund wollen wir frühzeitig gegen Wasser-, Ernährungs- und Wirtschaftskriege vorgehen. Flüchtlinge sind Opfer - und ihnen muss geholfen werden.

- (7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Die Bürger Bad Honnefs haben mit umfassender Willkommenskultur reagiert. Wir finden dies großartig und haben mitgemacht / mitgearbeitet. Jede Einschränkung dieser Basis bzw. gesellschaftlichen Engagement lehnen wir ab.

Bad Honnef soll sich dem Netzwerk "Sicherer Hafen" für Geflüchtete Menschen anschließen, wie ebenfalls mittlerweile annähernd 130 Städte und Gemeinden in Deutschland.

Rechtsstaatlichkeit**Fragen:**

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ja, deswegen ist es auch richtig, dass die EU gegenüber Polen und Ungarn, Kooperation und Unterstützung an rechtsstaatliche Prinzipien koppelt.

(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Ja auch bei allen berechtigten Fragen / Reflexion von Problemen unter Berücksichtigung von kulturellen Verschiedenheiten, die es in der EU gibt.

Es ist das Ziel, dass alle Bürgerinnen und Bürger in der EU dieselben unveräußerlichen Menschenrechte genießen können.

2. Bürgerblock Bad Honnef**Einleitende Fragen**

(1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Für uns ist das Thema Kinderarmut das Menschenrechtsthema in unserer Stadt schlechthin. Arme Kinder in einer reichen Stadt sind nicht akzeptabel. Daher spenden wir immer wieder an das Bündnis für Familie, die Bürgerstiftung Bad Honnef sowie an die Tafel, an die AWO und zahlreiche diverse Kindergärten und Schulen in dieser Stadt.

Nicht zu vergessen ist die soziale Benachteiligung von sozial schwachen Menschen. Daher ist für uns preisgünstiger, sozial gebundener Wohnungsbau ein wichtiges Anliegen.

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Um Ihnen von der kommunalpolitischen Seite zu antworten: ganz konkret vor Ort wo relevante Entscheidungen getroffen werden und wir an den Weichenstellungen politisch mitwirken können. Als Beispiel: Projekte wo Kinder spezifisch gefördert werden.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Wir vertreten ausschließlich kommunalpolitische Positionen.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Wir verachten jedwede Art von Menschenrechtsverletzung.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Wir halten uns da ganz klar an unser Grundgesetz. Diese Menschen sollen selbstverständlich Asyl in unserem Land bekommen. Wenn das mehr Flüchtlinge bedeutet: Ja.

- (7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Dank des unglaublichen Engagements der Stadt und der Ehrenamtlichen haben wir für Bad Honnef ein tolles Ergebnis auf die Beine gestellt. Dies gilt es auch weiterhin zu unterstützen. Insofern können und müssen wir weiterhin viel tun, wobei wir es hier in Bad Honnef schon gezeigt haben, dass wir hier auf extrem hohem Niveau agieren.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ja so sehen wir das. Ganz klar ja.

- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Ja.

3. Christlich Demokratische Union

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Obwohl nur zuletzt ein konkreter Bezug zur Kommunalpolitik in Bad Honnef gegeben ist, antworte ich Ihnen, weil die Menschenrechte zu den Grundlagen jedes Rechtssystems und damit auch jeder Demokratie gehören. Sie wissen, dass ich lange Jahre in Lateinamerika gelebt und gearbeitet habe und besonders zu Polen seit 1973 intensive Kontakte pflege.

Es ist generell sehr schwierig, die Wichtigkeit der Menschenrechte zu priorisieren. Die Frage nach der „Wichtigkeit“ hängt immer von der konkreten Situation ab. Für ein Kind in Lateinamerika z.B., welches zum Überleben der Familie arbeiten oder betteln muss, ist das Menschenrecht auf Bildung ungleich wichtiger, als für ein Kind, welches bei uns gute Bildungschancen hat, selbst wenn es z.B. bei der sog. „Durchlässigkeit“ noch mangelt.

Hinzu kommt, dass Verfassungs- und Rechtssysteme oft im Gegensatz zueinander stehen. In fast allen lateinamerikanischen Ländern, werden die indigenen Rechte von der Verfassung geschützt. Zu den „indigenen Rechten“ gehört z.B. die Verfügung über Bodenschätze. Genau diese jedoch sind ebenso per Verfassungsrecht in der Verfügbarkeit des Staates. Daran entzündeten sich tw. blutige Konflikte, wie ich sie in Bolivien erlebte, als Präsident Morales, der sich als „Indigener“ feiern ließ, jedoch die Exploration von traditionellem und geschützten Indigenaschutzgebieten aus wirtschaftlichen Gründen vorantrieb.

Bei allen unterschiedlichen Wertungen der Menschenrechte der 1., 2. Und 3. Generation gibt es jedoch einen Katalog von Menschenrechten, der überall Bedeutung hat und Verpflichtung für uns ist, schwerste Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen und zu unterbinden.

Auf die Frage der „Freiheit“ komme ich später zurück. Ich will zunächst den Komplex „Menschenhandel“ erläutern. Hierbei geht es gleichermaßen um „Würde des Menschen“, „Selbstbestimmung“, „Unversehrtheit der Person“ sowie anderen klassischen Freiheitsrechten.

Der Menschenhandel (trata de personas) umfasst insbesondere:

- *Zwangsprostitution*
- *Zwangsarbeit, speziell Kinderarbeit*
- *Organhandel.*

Menschenhandel wird weltweit praktiziert. Auch Länder, die „lediglich“ als „Transitländer“ fungieren, sind an den Verbrechen durch den Menschenhandel mitschuldig. Der Menschenhandel ist immer mit der „Organisierten Kriminalität“ (OK) und dabei sehr häufig mit „Drogenkriminalität“ verknüpft und reicht bis zur „Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten“.

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Sie fragen, was zu tun ist? Nun zuerst in aller Klarheit ist Aufklärung notwendig. Und dann die gezielte Untersuchung und Verfolgung von Straftatbeständen. Dies muss bis zum Einzug aller widerrechtlichen „Gewinne“ erfolgen, die mit dem Menschenhandel verbunden sind. Sehr konkret für Bad Honnef: Wenn es Verdachtsmomente in unserer Stadt auf Zwangsprostitution sowie Zwangsarbeit (z.B. Bau) geben würde, dann müssen alle ordnungsrechtlichen, staatsanwaltlichen und steuerrechtlichen Untersuchungen erfolgen.

Natürlich gibt es auch über die gute Arbeit der „ai-Gruppen“ hinaus Möglichkeiten des Engagements für die Menschenrechte. Ich realisiere dazu z.B. Informationsveranstaltungen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?
- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Der von Ihnen angefragte Komplex „Waffenhandel“ ist vielschichtig. Natürlich wäre es ideal, wenn es eine Weltordnung geben würde, bei der auf Waffen verzichtet werden könnte oder Waffen ausschließlich nach rechtsstaatlichen Prinzipien beim Staat als „Gewaltmonopols“ verfügbar wären.

Dies ist leider illusionär. Es gibt durchaus Sachverhalte, wo Waffen nicht nur exportiert, sondern auch eingesetzt werden müssen. Ich lasse einmal die Diskussion um das „Selbstverteidigungsrecht“ generell und auch im Speziellen außer Acht, wobei ich durchaus der Meinung bin, dass das „Selbstverteidigungsrecht“ oft strapaziert oder missbraucht wird.

Export und Einsatz von Waffen sind m.E. gerade dann geboten, wenn es um die Bekämpfung des Menschenhandels geht, wenn Kindersoldaten befreit werden müssen, wenn der internationalen organisierten (Drogen-)Kriminalität Einhalt geboten werden muss. Wenn die die Bundesrepublik Deutschland zu solchen Aktionen auch durch Waffenexporte beitragen kann, sehe ich keinen Grund für eine Ablehnung der Exporte. Wie

schwierig dies in der praktischen Umsetzung ist, ist mir sehr bewusst. Es gibt eben viele „Umwege“ die legal exportierte Waffen nehmen, weil sie z.B. aus der Anti-OK-Bekämpfung zu Drogen- oder sog. Guerillagruppen (FARC und ELN z.B. in Kolumbien waren/sind keine „Freiheitsbewegungen“ mehr, sondern Handlager der OK und verantwortlich für Menschenhandel und Kindermissbrauch) alle Mittel einsetzen, um diese Waffen zu erhalten.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Vgl. die Antworten zu (8) und (9).

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Ihre Fragen zu „Flüchtlingen und Asyl“ sehe ich so: Die Bundesrepublik kann mehr Flüchtlinge aufnehmen. Sie muss aber darauf dringen, dass andere Länder sich auch beteiligen. Es wäre eine wunderbare für die europäische Idee sowie die EU werbende Haltung, wenn es dabei in allen Mitgliedsstaaten um die Erhöhung der Aufnahmekontingente ginge und ein „Freikaufen“ von dieser Verpflichtung (auch über das „negative Freikaufen“ in Form von Subventionsverlusten) gar nicht zum Zuge kommen würde.

(7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

In Bad Honnef haben Zivilgesellschaft und kommunale Behörden bewiesen, dass sehr viel (was ist schon „genug“?) getan haben. Ich verweise dabei als Vorsitzender der CDU-Bad Honnef auf meine Stellungnahme im Rat der Stadt sowie auf die Information unserer „Arbeitsgruppe Selhof/Bad Honnef-Süd“ zur Belegung der Jugendherberge mit Corona-Risikogruppen der Schutzsuchenden: „Die CDU-Bad Honnef will einen humanen Aufenthalt für die Flüchtlinge und möchte, dass die zu uns kommenden Familien und älteren Menschen unsere schöne Stadt in guter Erinnerung behalten.“

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

- (8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?
- (9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Die Frage der Einschränkung/Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit durch „rechtsstaatliche Wege“ ist eine weltweit zunehmende Bedrohung der Freiheitsrechte und damit auch der Menschenrechte. Die Bandbreite der „rechtsstaatlichen Wege“ reicht von der einfachen Gesetzgebung bis hin zu „Verfassungsgebenden Versammlungen“. Die von Ihnen zu Polen angefragten Sachverhalte beziehen sich auf das generelle Problem, dass die Gewaltenteilung eingeschränkt wird und vor allem die Informations- und Meinungsfreiheit (einschließlich der freien Informationsgewinnung) angegriffen wird. Schwierig ist und bleibt dabei, wenn Medien oder auch staatliche Organe Informationen auf die rechtsstaatlichen Normen verletzenden Wege gewinnen. Nicht die Normen sind das Problem, sondern die Abwägung in der Praxis. Folter zur Informationsgewinnung lehne ich ab. Jedoch kann ich diese Forderung relativ leicht erheben, werden meine Angehörigen doch nicht vom Terror bedroht. Ich erinnere an die Veranstaltung mit der ai-Gruppe von Bad Honnef im „Weinhaus Steinbach“, als ich zu der Wirklichkeit diesen Komplexes in Lateinamerika berichtete (Terror des „Leuchtenden Pfades/Sendero luminoso“ in Peru dagegen die „Selbstverteidigung der Indigenen“ bis hin zum „staatlichen Gegenterror“).

Ich befürworte im Rahmen der EU Sanktionen für diejenigen, die Menschenrechte -die ein Teil des europäischen und EU-Wertekodex sind- verletzt oder einschränken. Leider sind die Verfahren zur Sanktionierung in der EU so angelegt, dass Sanktionen bis hin zum Entzug von Stimmrechten/Mitwirkung und finanziellen Streichungen fast unmöglich sind. Hier kann ich lediglich auf Einsicht in einem nächsten EU-Reformschritt hoffen. Leider hat die Ablehnung des „EU-Verfassungsentwurfes“ durch die Niederlande und durch Frankreich eine wirkliche Reform der EU verhindert. An dieser Ablehnung krankt die EU bis heute.

Gerade im Hinblick auf Polen und Ungarn ist es m.E. wichtig, alle zivilgesellschaftlichen Verbindungen zu nutzen, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und die Position des Rechtsstaates zu stärken. Ein Grund, warum ich mich als Vorsitzender der DPG-Köln/Bonn für die deutsch-polnischen Beziehungen engagiere.

ai ist einer der Akteure -und zugleich Mahner- in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Hinblick auf die „Herrschaft des Rechts“. Dazu gehören auch die Anwaltskammern, die Universitäten, Fachverbände und Organisationen. Wir alle haben die Aufgabe die gemeinsamen Grundlagen des europäischen Rechtes und die allgemeinen Menschenrechte in Erinnerung zu rufen bzw. zu erhalten. Ein durchaus schwieriger Weg, aber auch die derzeitige Regierung Polens wird eines Tages abgelöst und die Reformkräfte Polens sind zum Dialog mit uns zu Menschenrechtsfragen und allgemeinen Rechts- und Demokratiefragen bereit.

4. Freie Demokratische Partei

Einleitende Fragen

- (1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Alle Menschenrechts-Themen sind wichtig. Nach meinen Möglichkeiten und Kenntnissen befasse ich mich vor allem mit den Menschenrechts-Themen „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“, „Recht auf Leben und Freiheit“, „Gleichheit vor dem Gesetz“, „Anspruch auf Rechtsschutz“ und „Meinungs- und Informationsfreiheit“.

- (2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Als (Kommunal-)Politiker nutze ich vor allem meine politischen Möglichkeiten und Verbindungen. Über die FDP kann ich z.B. Verbindungen zu Bundestagsabgeordneten und Europaabgeordneten sowie der Organisation für die europäischen liberalen Parteien „ALDE“ aufnehmen und über diese Einfluss nehmen.

Waffenhandel

Fragen:

- (3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Nein. Diese Lieferungen müssen stoppen.

- (4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja, wobei nicht nur die undemokratischen Strukturen sondern auch die Einhaltung der fundamentalen Menschenrechte entscheidend sein müssten. Auch aus unserer Sicht „demokratische“ Länder verstoßen zum Teil massiv gegen Menschenrechte.

Terrorismusbekämpfung

Fragen:

- (5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

a) Nicht nur in der Türkei wird ein angeblicher Kampf gegen den Terror benutzt, um gegen Oppositionelle oder andere der Regierung missfallende Menschen und Organisatio-

nen vorzugehen. Die geschilderten Fälle sind furchtbar. Die zurückhaltende (politische) Reaktion Deutschlands und der EU beschämend.

b) Jede gewaltsame (Militär-)Aktion muss überprüfbar sein. AI übernimmt mangels funktionierender supranationaler Organisationen hier eine wichtige Aufgabe. Die mit diesen Militäraktionen verfolgten Terroristen haben ggf. den Tod unschuldiger Menschen auf dem Gewissen. Ihre Verfolgung fordert ebenfalls den Tod unschuldiger Menschen. Wo bleibt die Moral?

c) Der Weiterbetrieb von Guantanamo unter Ausschluss rechtsstaatlicher Kontrolle und unter Missachtung der Menschenrechte ist ein Skandal.

Flüchtlinge und Asyl

Fragen:

(6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?

Antwort:

Jedes Land auf der Welt hat die moralische Verpflichtung Verfolgte aufzunehmen. Es kann nicht die Lösung sein, alle Flüchtlinge nach Deutschland zu bringen. Zum einen ist hier eine Verteilung etwa innerhalb der EU sinnvoll und zum anderen sollten verstärkt die Fluchtursachen bekämpft werden und den Menschen vor Ort geholfen werden.

(7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

Ja. Bad Honnefs Verwaltung und vor allem Bad Honnefs Bürger haben ein großes Engagement gezeigt.

Rechtsstaatlichkeit

Fragen:

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ja, wobei das Datum des Verfalls wohl früher anzusetzen ist.

(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Die EU sollte nicht sie muss! Die Menschenrechte sind Teil des EU-Rechts. In einigen EU-Staaten werden massive Menschenrechtsverletzungen begangen. Die EU sieht tatenlos zu. Ohne jedwede Sanktion werden etwa seit drei Jahren katalanische Abgeordnete, Minister und Vereinsvorsitzende inhaftiert, die sich friedlich für eine erneute Unabhängigkeit Kataloniens vom spanischen Zentralstaat eingesetzt haben. Aufrufe, Forderungen und Appelle unter anderem der UN Menschenrechtskonvention, Amnesty Inter-

national und zahlreichen anderen internationalen Organisationen bleiben ungehört. Das Menschenrecht die eigene Muttersprache wird unterdrückt, in dem geplant ist, die katalanische Sprache in Behörden und Ämtern zu verbieten. Geht die EU nicht gegen Ihre eigenen Mitglieder vor, setzt sie den Traum eines vereinten Europas der Menschen aufs Spiel.

5. Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Einleitende Fragen

(1) Welche Menschenrechts-Themen sind Ihnen besonders wichtig?

Antwort:

Die definierten Menschenrechte sind alle gleichermaßen wichtig und richtig. Eine Auswahl an besonders wichtigen Menschenrechtsthemen möchte ich daher nicht treffen.

(2) Wo sehen Sie Möglichkeiten, sich für die Menschenrechte einzusetzen?

Antwort:

Immer da aufzustehen, wo Menschenrechte verletzt werden. In Zeiten digitaler Vernetzung gibt es vielfältige Möglichkeiten, Protest gegen Menschenrechtsverletzungen auszudrücken. Vor Ort ist mir besonders die Integration von Flüchtlingen wichtig!

Waffenhandel

Fragen:

(3) Sind Sie der Auffassung, dass die Lieferungen an die genannten Drittländer mit den von der Bundesregierung oben dargestellten Grundsätzen vereinbar sind?

Antwort:

Nein.

(4) Sehen Sie die Notwendigkeit, den Waffenhandel aus Deutschland insbesondere an Länder mit undemokratischen Strukturen einzuschränken?

Antwort:

Ja.

Terrorismusbekämpfung**Fragen:**

(5) Welche Auffassung vertreten Sie zu den genannten drei Fällen?

Antwort:

Das Prinzip der Menschenrechte ist klar und nicht interpretierbar! Sie gelten generell, ob in Friedens- oder in Krisenzeiten. Alle genannten Beispiele sind entsprechend einzuordnen.

Flüchtlinge und Asyl**Fragen:**

- (6) Sehen Sie eine Verpflichtung mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen?
(7) Wird in Bad Honnef genug getan oder was können Sie sich in Bad Honnef noch an Maßnahmen für Flüchtlinge vorstellen?

Antwort:

In jedem Fall! Ich finde es unerträglich, dass Flüchtlinge auf offener See im Stich gelassen werden. Auch die unmenschlichen Zustände in den Flüchtlingslagern im europäischen Raum sind absolut nicht hinnehmbar! Ein politisches "Tauziehen" darf es in dieser Frage nicht geben und ist unmenschlich! Auch unsere gesellschaftlichen Grundsätze verbieten es, Menschen in Not nicht zu helfen. In Bad Honnef übernehmen viele Vereine die Integrationsaufgaben und auch die Stadtverwaltung hilft mit. Verbesserungsmöglichkeiten gibt es natürlich immer.

Als SPD legen wir besonderen Wert auf eine bestmögliche Integration und Hilfestellungen für Flüchtlinge.

Rechtsstaatlichkeit**Fragen:**

(8) Sehen Sie die Vorgehensweise Polens als Verfall des Rechtsstaates?

Antwort:

Ja.

(9) Sollte die EU europäisches Recht gegenüber ihren Mitgliedsstaaten stärker durchsetzen?

Antwort:

Absolut ja, ansonsten leidet die Glaubwürdigkeit der EU und eröffnet jedem EU-Land, die Grundsätze der EU zu untergraben.

E. WAS KÖNNEN SIE TUN?

1. Aktive Gruppenarbeit

Arbeiten Sie in unserer Honnefer Amnesty-Gruppe mit. Wir suchen immer Menschen, die bereit sind sich aktiv in die Gruppenarbeit einzubringen. Ehrenamtliches Engagement ist durch nichts zu ersetzen. Kommen Sie einfach zum nächsten Gruppentreffen. Termine finden Sie unter www.amnesty-badhonnef.de. Wir freuen uns auf Sie.

2. Förderer

Als Förderer oder Förderin unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit von Amnesty International mit einem Jahresbeitrag von mindestens 60,- €. Förderer und Förderinnen sind

keine Mitglieder, erhalten aber die Zeitschrift Amnesty Journal 6 x im Jahr kostenlos und können sich bei Interesse an einzelnen Aktionen beteiligen. Sie erhalten für die gesamte Fördersumme jährlich eine Zuwendungsbestätigung zur Vorlage beim Finanzamt.

Anmeldung über www.amnesty.de/foerdererwerden/1138

3. Einzelspende

Wir freuen uns über jede Spende, egal in welcher Höhe. Spendenkonto unserer Gruppe:

Bank für Sozialwirtschaft,
Betreff: „Gruppe 1138 Bad Honnef“
IBAN: DE23370205000008090100
BIC: BFSWDE33XXX.

4. Unterschriften sammeln

Sammeln Sie bei Freunden und Bekannten zu Appellfällen Unterschriften. Vorbereitete Unterschriftenlisten können Sie monatlich über unsere Amnesty-Gruppe erhalten. Melden Sie sich einfach per eMail an amnesty-honnef@gmx.de

5. eMail-Service

Wir informieren regelmässig über unsere Arbeit und teilen interessante Termine via eMail mit. Wenn Sie über Aktionen und Veranstaltungen der Honnefer Amnesty-Gruppe informiert werden möchten, melden Sie sich einfach per eMail an amnesty-honnef@gmx.de

6. Briefe schreiben

"Urgent Actions" (Eilaktionen) sind die denkbar schnellste und effektivste Form der Intervention, um das Leben akut bedrohter Menschen zu schützen. Rund 35 % unserer Urgent Actions sind erfolgreich. Setzen auch Sie sich regelmäßig für Menschen ein, die akut in Gefahr sind. Abonnieren Sie Urgent Actions: www.amnesty.de/urgent-actions

Gewaltlose politische Gefangene verschwinden oft für Jahre hinter Gittern - ohne faires Gerichtsverfahren und unter unterschiedlich schwierigen Haftbedingungen. Die Gefahr, dass sie vergessen werden, ist groß. Darum brauchen sie unseren Schutz, unsere Solidarität, unseren Einsatz!

Aus diesem Grund startet Amnesty International sogenannte "Briefe gegen das Vergessen". Sie geben den Gefangenen Hoffnung und zeigen den Verantwortlichen, dass die Gefangenen nicht in Vergessenheit geraten sind. Die "Briefe gegen das Vergessen" wirken durch ihre enorme Anzahl.

Beteiligen Sie sich an den Briefen gegen das Vergessen:

www.amnesty.de/briefe-gegen-das-vergessen

7. Amnesty-Journal

Wenn Sie sich detailliert informieren wollen, bieten wir ein Abo unseres Amnesty-Journals an. Hier finden Sie in jeder Ausgabe interessante aktuelle Berichte und Handlungsempfehlungen.

www.amnesty.de/amnesty-journal-jetzt-abonnieren

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Bad Honnef am 13. September 2020
ViSdP: Richard Keller, 53604 Bad Honnef, Alexander von Humboldtstr 25

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Gruppe 1138 Bad Honnef/Königswinter
E: amnesty-honnef@gmx.de . W: www.amnesty-badhonnef.de

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00 .
IBAN: DE23370205000008090100 . BIC: BFSWDE33XXX
Bitte immer angeben Betreff „Gruppe 1138 Bad Honnef/Königswinter“

AMNESTY
INTERNATIONAL

